

MARKUS P. BEHAM

Indirekte Enteignung

Jus Publicum

340

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 340



Markus P. Beham

Indirekte Enteignung

Verfassungsunmittelbar gebotene
Entschädigungspflicht im Spiegel des
Mehrebenensystems

Mohr Siebeck

Markus P. Beham, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaften in Wien und Thessaloniki; 2015 Master of Laws, LL.M. (New York); 2016 Promotion (Paris und Wien); Forschungsaufenthalte in Den Haag und Cambridge; Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Passau.
orcid.org/0000-0002-5871-4335

Veröffentlicht mit finanzieller Unterstützung der Universität Passau.

ISBN 978-3-16-163678-3 / eISBN 978-3-16-163679-0

DOI 10.1628/978-3-16-163679-0

ISSN 0941-0503 / eISSN 2568-8480 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: epline, Bodelshausen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

*Im Andenken an
Marie Winifred Harper (1927–2010)*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde als Habilitationsschrift zur Erlangung der *venia* in den Fächern Öffentliches Recht, Völkerrecht, Europarecht und Grundlagen des Rechts an der Universität Passau verfasst und im August 2022 eingereicht. Sämtliche Angaben ebenso wie der Zugriff auf angeführte Websites sind auch mit diesem Stand aktuell. Vereinzelt wurden im Rahmen der Überarbeitung für diese Publikation Ergänzungen und Aktualisierungen vorgenommen. Der Gang der Argumentation ist aber im Wesentlichen unverändert.

Dabei betrifft die Forschungsfrage die Ausgestaltung eines spezifischen Grundrechts, des Rechts auf Eigentum nach Artikel 14 GG im Mehrebenensystem aus innerstaatlicher (Verfassungs- und Verwaltungs-)Rechtsordnung, Europarecht im engeren Sinne des Unionsrechts und des Völkerrechts, wozu mit der Europäischen Menschenrechtskonvention auch das Europarecht im weiteren Sinne zu zählen ist. Hierfür werden neben rechtsvergleichenden Elementen auch grundlegende methodologische Fragen des öffentlichen Rechts aufgeworfen und diskutiert.

In meiner Position als Akademischer Rat am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht der Universität Passau durfte ich bei Prof. Dederer aus der Quelle zweier Lehrstuhlprojekte schöpfen, die zugleich den Mörtel meines Thesengebäudes wesentlich angereichert haben: die Bonner-Kommentierung zu Artikel 14 GG¹ sowie sein gemeinsam mit Prof. Schweitzer verfasstes Lehrbuch Staatsrecht III.² Für den Vertrauensvorschuss, die durchgehende Förderung im Lehr- und Forschungsbetrieb an der Universität Passau und darüber hinaus sowie für die stets offene Bereitschaft zur Diskussion meiner Thesen bin ich Prof. Dederer in dieser Phase meiner akademischen Laufbahn zutiefst verpflichtet und verbunden. Für die zügige Begutachtung meiner Habilitationsschrift gilt neben ihm auch Prof. Kreuter-Kirchhof von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mein ganz besonderer Dank.

Daneben möchte ich mich an der Universität Passau bei Prof. Herrmann und Prof. Wernsmann für die Übernahme des Habilitationsmentorats und ihre stete Hilfsbereitschaft auch in anderen Fragen herzlich bedanken. Diana Eckmüller, Christina Schurer und Judith Wittmann danke ich für die unkomplizierte Abwicklung sämtlicher administrativer Prozesse im Rahmen des Habilitationsverfahrens, sodass ich dieses auch im Dezember 2022 abschließen konnte.

¹ Dederer, in: Kahl/Waldhoff/Walter, BK¹⁸⁹.

² Dederer/Schweitzer, Staatsrecht III¹².

Zudem haben mir an der Universität Passau Prof. von Lewinski und Sophie Derfler die Gelegenheit zur Vorstellung meiner Thesen aus Kapitel V dieser Arbeit im Rahmen ihres äußerst gelungenen „Dienstagskolloquiums“ sowie dem anschließenden Austausch gegeben.

Die Möglichkeit, aufgrund besonderer Umstände frühzeitig eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Regensburg zu übernehmen, zudem in diesem Rahmen den Grundkurs Staatsrecht II zu halten, hat mir neben der umfassenden Auseinandersetzung mit grundrechtsdogmatischen Fragen zu Beginn dieser Arbeit auch einen fruchtbaren Austausch mit der Regensburger Fakultät erlaubt. Bedanken möchte ich mich besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls von Prof. Eckhoff.

Als Habilitationsschrift an einer deutschen Universität ist die Arbeit vor dem Hintergrund der innerstaatlichen Rechtslage und Debatte in Deutschland verfasst. Freilich hat die Forschungsfrage auch darüber hinaus ihre Berechtigung. Das hat sich auch in den vielen bereichernden Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen im Ausland zu meiner Forschungsfrage bestätigt.

Ein am Lauterpacht Centre for International Law geplanter Visiting Fellows Roundtable zu meiner Arbeit musste leider aufgrund der einsetzenden Maßnahmen zu Beginn der Covid-19-Pandemie in letzter Minute abgesagt werden. Dennoch spiegeln sich die unzähligen kleinen Gespräche während der „11 o'clock coffee break“, den ausgedehnten Spaziergängen (insbesondere mit Prof. Stephan Hobe nach Grantchester) und Formal Halls in dieser Arbeit wider. Allen Visiting Fellows sowie den Mitgliedern des Lauterpacht Centres sei dafür ein besonderer Dank ausgesprochen. Dr. Andreas Kulick sowie Dr. Jamie Trinidad darf ich zudem für die Möglichkeit danken, im Wolfson College eine akademische Heimat in Cambridge gefunden zu haben.

Am Lehrstuhl von Prof. Dederer haben zunächst Aloisia Falk und anschließend Ramona Maier das gesamte Habilitationsprojekt hindurch vielfach administrative Bürden abgenommen und so zeitliche Freiräume geschaffen. Den Studentischen Hilfskräften des Lehrstuhls, von denen im Laufe dieser Arbeit einige bereits selbst ihr Studium – und in einem Fall sogar eine darauffolgende Promotion – abgeschlossen haben, ist für ihre mannigfaltige Unterstützung auch in diesem Vorhaben, insbesondere über viele Bibliothekswege, zu danken. Von ihnen seien besonders genannt: Dr. Patricia Trapp, Lisa Paul, Christiane Schleich, Susann Burger, Nicola Antretter, Alina Almer, Katharina Schötta und Cecilie Reckhorn.

Im Habilitationsprojekt selbst konnten über den großzügigen Habilitationsfonds der Universität Passau weitere Studentische Hilfskräfte eingestellt werden, die sich als unerlässliche Unterstützung auf dem Weg zum Abschluss dieser Arbeit erwiesen und sich dabei verdient gemacht haben: Franziska Gruber im Zusammentragen der Handapparate für die einzelnen Kapitel sowie mit ihren stets kritischen Fragen zu meinen Thesen, Clara Tiffert und Manuel Merz in der Durchsicht und Korrektur der Verweise.

Verlagsseitig bedanke ich mich bei Julia Scherpe-Blessing, Silja Meister, Bettina Gade und Lisa Laux für die ausgezeichnete Betreuung und das Lektorat.

Meinen Wegbegleiterinnen und -begleitern am Lehrstuhl von Prof. Dederer und in vielen anderen Projekten darf ich für den steten konstruktiven Austausch und die Inspiration für meine Arbeit danken. Ohne diesen Kontext wäre das gegenständliche Werk nicht möglich.

Meiner Tätigkeit an der Universität Passau könnte ich in so müheloser Art und Weise nicht ohne die Unterstützung meiner Familie nachgehen. Für die Geduld gegenüber diesem Projekt – auch an Abenden, Wochenenden und im Urlaub – gebührt Marie-Lidvine mein größter Dank. Den Zeitraum vom Abschluss des Habilitationsverfahrens bis zur Drucklegung durften wir zudem in Begleitung von Heinrich-Xaver verbringen, sodass dies auch ein zusätzliches Jahr in Anspruch genommen hat.

Passau im Dezember 2023

Markus P. Beham

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
A. Einleitung	1
I. Das Labyrinth deutscher Enteignungsdogmatik	2
II. Grundrechtliche Defizite	7
III. Die Reformdebatte zum internationalen Investitionsschutz	21
IV. Die „indirekte Enteignung“ im Mehrebenensystem	27
V. Aufbau der Arbeit	31
B. Die Enteignung nach Artikel 14 Absatz 3 GG	33
I. Historische Entwicklung	35
II. Elemente der Formalenteignung	46
III. Zwischenergebnis	103
C. Nicht-enteignungsrelevante Eingriffe	105
I. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	109
II. Rechtswidrige Eingriffe („enteignungsgleiche Eingriffe“)	120
III. Schädigende Nebenfolgen („enteignende Eingriffe“)	125
IV. Amtshaftungsanspruch	129
V. Folgenbeseitigungsanspruch	130
VI. Grundrechtlich radizierter Sekundäranspruch	131
VII. Bedeutung fremder Hoheitsakte	132
VIII. Zwischenergebnis	134
D. Die Enteignung im Mehrebenensystem	135
I. Unionsrecht	136
II. Völkergewohnheitsrecht	154
III. Allgemeine Rechtsgrundsätze	184
IV. Einseitige Rechtsgeschäfte	190
V. Vertraglicher Menschenrechtsschutz	191
VI. Vertraglicher Investitionsschutz	210
VII. Welthandelsrecht und internationales Finanzrecht	289
VIII. Humanitäres Völkerrecht (und Völkerstrafrecht)	290
IX. Zwischenergebnis	306

E.	Indirekte Enteignung nach Artikel 14 Absatz 3 GG	309
I.	Verhältnis der Ebenen des Mehrebenensystems zueinander	311
II.	Artikel 14 Absatz 3 GG im Spiegel des Mehrebenensystems	376
III.	Abschließendes Zwischenergebnis	403
F.	Ergebnis und Ausblick	405
G.	Zusammenfassung in Thesen	409
I.	Kapitel A	409
II.	Kapitel B	410
III.	Kapitel C	412
IV.	Kapitel D	414
V.	Kapitel E	421
VI.	Kapitel F	425
	Internationale Rechtstexte und Dokumente	427
1.	Völkerrechtliche Verträge	427
2.	Beschlüsse und Dokumente Internationaler Organisationen	428
3.	Erklärungen	431
4.	Dokumente	431
5.	Vertragsentwürfe	431
6.	Gutachten	432
7.	Datenbanken	432
	Judikatur	433
1.	International	433
2.	Europäische Union	450
3.	Nationale Gerichte	454
	Literaturverzeichnis	463
	Personen- und Sachregister	497

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
A. Einleitung	1
I. Das Labyrinth deutscher Enteignungsdogmatik	2
II. Grundrechtliche Defizite	7
1. Wertgarantie	8
2. Rechtssicherheit	12
3. Stringenz	18
III. Die Reformdebatte zum internationalen Investitionsschutz	21
IV. Die „indirekte Enteignung“ im Mehrebenensystem	27
V. Aufbau der Arbeit	31
B. Die Enteignung nach Artikel 14 Absatz 3 GG	33
I. Historische Entwicklung	35
1. Schwere-, Sonderopfer- und andere Schwellentheorien	36
2. Nassauskiesung-Beschluss	39
3. Rezeption	42
II. Elemente der Formalenteignung	46
1. Staatliches Handeln	46
a) Legislativenteignung	47
b) Administrativenteignung	49
2. Eigentum	50
a) Sachlicher Schutzbereich	51
aa) Institutsgarantie	52
bb) Begriff	64
cc) Umfang	68
dd) Rechtspositionen	73
b) Persönlicher Schutzbereich	80
c) Abgrenzung	84
3. Finalität und Individualität	85
4. Titelübertragung	86
5. Gemeinwohlzweck	87
6. Güterbeschaffung	89
7. Junktimklausel	96
8. Rechtmäßigkeit	101

III.	Zwischenergebnis	103
C.	Nicht-enteignungsrelevante Eingriffe	105
I.	Inhalts- und Schrankenbestimmungen	109
	1. Abgrenzung von Inhalt und Schranken	109
	2. Rechtmäßigkeit	111
	3. <i>De-facto</i> -enteignende Inhalts- und Schrankenbestimmungen	111
	4. Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen	113
	a) <i>Pflichtexemplar</i> -Entscheidung	113
	b) Ausgleich	114
	c) Rechtsgrundlage	117
	d) Sonderfall „Enteignung ohne Güterbeschaffung“	119
II.	Rechtswidrige Eingriffe („enteignungsgleiche Eingriffe“)	120
	1. Rechtsgrundlage	120
	2. Voraussetzungen	122
	3. Anspruchskonkurrenzen	125
III.	Schädigende Nebenfolgen („enteignende Eingriffe“)	125
	1. Rechtsgrundlage	126
	2. Voraussetzungen	127
	3. Anspruchskonkurrenzen	128
IV.	Amtshaftungsanspruch	129
	1. Rechtsgrundlage	129
	2. Voraussetzungen	129
	3. Anspruchskonkurrenzen	130
V.	Folgenbeseitigungsanspruch	130
VI.	Grundrechtlich radizierter Sekundäranspruch	131
VII.	Bedeutung fremder Hoheitsakte	132
VIII.	Zwischenergebnis	134
D.	Die Enteignung im Mehrebenensystem	135
I.	Unionsrecht	136
	1. Allgemeine Rechtsgrundsätze	138
	a) Eigentumsrecht und Enteignung	139
	b) Vertrauensschutz	141
	2. Grundfreiheiten	142
	3. Grundrechte	143
	a) Sachlicher Schutzbereich	144
	b) Persönlicher Schutzbereich	147
	c) Eingriffe	147
	aa) Nutzungsregelungen	148
	bb) Enteignung	149
	4. Zwischenergebnis	153
II.	Völkergewohnheitsrecht	154
	1. Vorbemerkungen zur Rechtsquelle	154
	2. Menschenrechte	157
	a) System und Charakter des Völkerrechts	157
	b) Interventionsverbot	159
	c) Eigentumsschutz	161

3.	Internationaler Minimumstandard	166
a)	Entwicklung	167
b)	Rechtsträger	168
c)	Umfang	169
d)	Enteignung	172
e)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	176
aa)	Öffentliches Interesse	177
bb)	Angemessene Entschädigung	179
4.	Zwischenergebnis	184
III.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	184
1.	Vorbemerkungen zur Rechtsquelle	185
2.	Eigentumsrelevante allgemeine Rechtsgrundsätze	186
3.	Eigentumsschutz	187
4.	Ungerechtfertigte Bereicherung	188
5.	Schadenersatz	189
6.	Zwischenergebnis	189
IV.	Einseitige Rechtsgeschäfte	190
V.	Vertraglicher Menschenrechtsschutz	191
1.	Menschenrechtspakte und Kernkonventionen	191
2.	Europäische Menschenrechtskonvention	193
a)	Eigentum	195
aa)	Sachlicher Schutzbereich	195
bb)	Persönlicher Schutzbereich	198
b)	Eingriffe	199
aa)	Nutzungsregelungen	201
bb)	Enteignung	202
3.	Zwischenergebnis	209
VI.	Vertraglicher Investitionsschutz	210
1.	Die „Multilateralisierung“ des Investitionsschutzrechts	212
2.	Investor-Staat-Streitbeilegung	215
3.	„Right to regulate“ und „regulatory chill“	216
4.	Anwendungseröffnung	223
a)	Sachlicher Schutzbereich	223
b)	Persönlicher Schutzbereich	225
5.	Enteignung	227
a)	Definition	228
aa)	Begriffsbestimmung	229
bb)	Direkte Enteignung	238
cc)	Indirekte Enteignung	240
dd)	„Police powers“ und „sole effects“	242
ee)	Dauer der Maßnahme	250
ff)	Schleichende Enteignung	251
b)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	253
aa)	Öffentliches Interesse	253
bb)	Entschädigung	254
cc)	Diskriminierungsverbot	255
dd)	Rechtsstaatliches Verfahren	255
c)	Zwischenergebnis	256
6.	Faire und gerechte Behandlung	257

a)	Definition und Begriffsbestimmung	259
aa)	FET als Minimumstandard	266
bb)	Objektiver oder subjektiver Standard	272
b)	Schutzdimensionen	275
aa)	Willkür- und Diskriminierungsverbot	276
bb)	Verhältnismäßigkeit	280
cc)	Vertrauensschutz	282
c)	Zwischenergebnis	286
7.	Voller Schutz und Sicherheit	287
8.	Zwischenergebnis	288
VII.	Welthandelsrecht und internationales Finanzrecht	289
VIII.	Humanitäres Völkerrecht (und Völkerstrafrecht)	290
1.	Eigentumsschützende Normen	292
a)	Zerstörung oder Wegnahme	293
b)	Requisition	298
c)	Plünderung	300
d)	Enteignung	301
2.	Kulturgüterschutz	301
3.	Militärische Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit	304
4.	Rechtsfolgen	305
5.	Zwischenergebnis	306
IX.	Zwischenergebnis	306
E.	Indirekte Enteignung nach Artikel 14 Absatz 3 GG	309
I.	Verhältnis der Ebenen des Mehrebenensystems zueinander	311
1.	Monismus und Dualismus	312
2.	Einwirkung des Mehrebenensystems im innerstaatlichen Recht	316
a)	Geltung	318
aa)	Adoption	319
bb)	Transformation	321
b)	Anwendbarkeit (und Wirkung)	322
aa)	Voraussetzung	323
bb)	Objektive und subjektive Anwendbarkeit	324
c)	Rang	324
d)	Informelle Rezeption und Rechtsvergleichung	325
3.	Einwirkung des Mehrebenensystems im Grundgesetz	330
a)	Allgemeine Regeln des Völkerrechts	333
aa)	Geltung	336
bb)	Anwendbarkeit	337
cc)	Rang	339
b)	Völkerrechtliche Verträge	340
aa)	Geltung	340
bb)	Anwendbarkeit	341
cc)	Rang	341
c)	Einseitige Akte	342
d)	Unionsrecht	342
aa)	Geltung	343
bb)	Anwendbarkeit	344
cc)	Rang	352

e)	Völkerrechtsfreundlichkeit	354
f)	Unionsrechtsfreundlichkeit	361
g)	Informelle Rezeption und Rechtsvergleichung	362
h)	Zwischenergebnis	364
4.	Einwirkung des Mehrebenensystems im Unionsrecht	365
a)	Völkerrechtliche Verträge	365
aa)	Geltung	366
bb)	Anwendbarkeit	366
cc)	Sonderdogmatik zu WTO-Verträgen	367
dd)	Von der Sonderdogmatik zum Ausgangsfall	370
ee)	Ausschluss der Anwendbarkeit	372
ff)	Rang	373
b)	Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	373
c)	Völkerrechtskonforme Auslegung	375
d)	Zwischenergebnis	375
5.	Zwischenergebnis	376
II.	Artikel 14 Absatz 3 GG im Spiegel des Mehrebenensystems	376
1.	Völkerrechtliche Entschädigungspflicht	376
a)	Vertraglicher Menschenrechtsschutz	377
b)	Vertraglicher Investitionsschutz	379
c)	Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	384
d)	Humanitäres Völkerrecht	386
2.	Unionsrechtliche Entschädigungspflicht	388
3.	Einwirkung auf Artikel 14 Absatz 3 GG	391
a)	Wortlaut	391
b)	Systematik	392
c)	Ziel und Zweck (<i>τέλος</i>)	393
d)	Historie	394
e)	Völkerrechtsfreundlichkeit	395
f)	Unionsrechtsfreundlichkeit	397
g)	Rechtsvergleichung	397
h)	Gleichheitssatz als „dritter Weg“?	398
4.	Zwischenergebnis	402
III.	Abschließendes Zwischenergebnis	403
F.	Ergebnis und Ausblick	405
G.	Zusammenfassung in Thesen	409
I.	Kapitel A	409
II.	Kapitel B	410
III.	Kapitel C	412
IV.	Kapitel D	414
V.	Kapitel E	421
VI.	Kapitel F	425
	Internationale Rechtstexte und Dokumente	427
1.	Völkerrechtliche Verträge	427
2.	Beschlüsse und Dokumente Internationaler Organisationen	428

2.1.	Vereinte Nationen	428
2.1.1.	Generalversammlung	428
2.1.2.	Sicherheitsrat	429
2.1.3.	Wirtschafts- und Sozialrat	429
2.1.4.	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung	429
2.1.5.	Menschenrechtskommission	429
2.1.6.	Völkerrechtskommission	429
2.2.	Weltbank	430
2.3.	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	430
2.4.	Energy Charter Secretariat	430
2.5.	Europäische Union	430
3.	Erklärungen	431
3.1.	Staaten	431
3.2.	Vertragsorgane	431
4.	Dokumente	431
5.	Vertragsentwürfe	431
6.	Gutachten	432
7.	Datenbanken	432
	Judikatur	433
1.	International	433
1.1.	Ständiger Internationaler Gerichtshof	433
1.2.	Internationaler Gerichtshof	434
1.3.	Menschenrechtsausschuss	434
1.4.	Jugoslawientribunal	435
1.5.	Schiedsgerichte	435
1.5.1.	Permanent Court of Arbitration	435
1.5.1.1.	Schiedssprüche	435
1.5.1.2.	Abgeschlossene Verfahren	436
1.5.2.	Iran-US Claims Tribunal	436
1.5.3.	International Centre for Settlement of Investment Disputes	437
1.5.3.1.	Schiedssprüche	437
1.5.3.2.	Abgeschlossene Verfahren	443
1.5.3.3.	Anhängige Verfahren	444
1.5.4.	UNCITRAL	445
1.5.4.1.	Schiedssprüche	445
1.5.4.2.	Abgeschlossene Verfahren	446
1.5.5.	Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce	446
1.5.5.1.	Schiedssprüche	446
1.5.5.2.	Abgeschlossene Verfahren	447
1.5.6.	London Court of International Arbitration	447
1.5.7.	American Arbitration Association	447
1.5.8.	Andere	447
1.5.8.1.	Schiedssprüche	447
1.5.8.2.	Abgeschlossene Verfahren	448
1.6.	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte/Europäische Kommission für Menschenrechte	448
1.7.	Welthandelsorganisation	449

2.	Europäische Union	450
2.1.	Europäischer Gerichtshof	450
2.2.	Gericht	454
3.	Nationale Gerichte	454
3.1.	Deutschland	454
3.1.1.	Bundesverfassungsgericht	454
3.1.2.	Bundesverwaltungsgericht	458
3.1.3.	Bundesgerichtshof	458
3.1.4.	Bundessozialgericht	460
3.1.5.	Oberlandesgerichte	460
3.2.	Frankreich	460
3.3.	Irland	460
3.4.	Kanada	460
3.5.	Namibia	460
3.6.	Österreich	460
3.6.1.	Verfassungsgerichtshof	460
3.6.2.	Oberster Gerichtshof	460
3.6.2.1.	Entscheidungen	460
3.6.2.2.	Rechtssätze	461
3.7.	Polen	461
3.8.	USA	461
	Literaturverzeichnis	463
	Personen- und Sachregister	497

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht/Auffassung
AAA	American Arbitration Association
ABL	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ASR	Artikel über die Staatenverantwortlichkeit (Articles on State Responsibility)
Art.	Artikel
BGH	Bundesgerichtshof [Deutschland]
BIT(s)	Bilaterale/r Investitionsschutzvertrag/-verträge (Bilateral Investment Treaty)
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [Deutschland]
BSG	Bundessozialgericht [Deutschland]
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz [Österreich]
BVerfG	Bundesverfassungsgericht [Deutschland]
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht [Deutschland]
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women)
CRPD	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Convention on the Rights of Persons with Disabilities)
CUSMA	Canada–United States–Mexico Agreement
dtBGBl.	Bundesgesetzblatt [Deutschland]
ECT	Vertrag über die Energiecharta (Energy Charter Treaty)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union (ehemals Gericht Erster Instanz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
FCD	Freundschaft, Handel und Schifffahrt (friendship, commerce, and navigation)
FDI	ausländische Direktinvestitionen (foreign direct investment)
FET	faire und gerechte Behandlung (fair and equitable treatment)
Fn.	Fußnote
GA	Generalanwalt/Generalanwältin am EuGH
GG	Grundgesetz [Deutschland]
GK	Genfer Konvention (I., II., III. oder IV.)
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union

HC	High Court of Namibia
HKSK	Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
HLO	Haager Landkriegsordnung
ICCPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights)
ICERD	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination)
ICJ	International Court of Justice
ICMW	Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families)
ICRC	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (International Committee of the Red Cross)
ICSID	Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes)
IEHC	High Court of Ireland Decisions
IGH	Internationaler Gerichtshof (International Court of Justice)
IHL	humanitäres Völkerrecht (international humanitarian law)
ILC	Völkerrechtskommission (International Law Commission)
ILM	International Law Materials
ISDS	Investor-Staat-Streitbeilegung (investor-state dispute settlement)
IUSCT	Iran-US Claims Tribunal
LCIA	London Court of International Arbitration
LIAMCO	Libyan American Oil Company
mwN	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement)
no./No.	Nummer (numero)
NR	Namibian Law Reports
öBGBl.	Bundesgesetzblatt [Österreich]
öRGBl.	Reichsgesetzblatt [Österreich]
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-Operation and Development)
OGH	Oberster Gerichtshof [Österreich]
OPIC	Overseas Private Investment Corporation
PCA	Ständiger Schiedshof (Permanent Court of Arbitration)
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PrALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
RG	Reichsgericht [Deutschland]
RIAA	Reports of International Arbitral Awards/Recueil des Sentences Arbitrales
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RS	Rechtssatz
SCC	Stockholm Chamber of Commerce

StGB	Strafgesetzbuch [Deutschland]
TierGesG	Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen, kurz Tiergesundheitsgesetz [Deutschland]
UDHR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights)
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (United Nations Commission on International Trade Law)
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UN Conference on Trade and Development)
UNTS	United Nations Treaty Series
US	United States Reports
USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
USMCA	United States-Mexico-Canada Agreement
VCLT	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Vienna Convention on the Law of Treaties)
VN	Vereinte Nationen
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs 1919 (Weimarer Reichsverfassung)
ZP	Zusatzprotokoll
ZP-GK	Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen (I. oder II.)
ZP-EMRK	Zusatzprotokoll zur EMRK

A. Einleitung

„Kauf nur unbestrittene und anspruchlose Dörfer, Gärten und Weinberge; denn Eigentum ist nur dasjenige, was keinen Ansprüchen und Gefahren unterworfen ist.“

Qabus-nama¹

Die Geschichte lehrt, dass kein Eigentum dem staatlichen Zugriff entzogen ist.² Das entspricht in unterschiedlicher Ausprägung auch der geltenden Rechtslage sämtlicher Rechtsordnungen der Welt. Dabei ist die Wertigkeit des Eigentumsrechts daran zu messen, wieweit ein staatlicher Eingriff gehen darf, unter welchen Umständen dieser zulässig ist und ob im Gegenzug dafür Entschädigung geschuldet ist. Entlang letzterer Frage kann grundsätzlich auch zwischen entschädigungspflichtigem Eigentumsentzug – der Enteignung – und „bloßen“ Nutzungsregelungen, die ohne Entschädigung hinzunehmen sind, unterschieden werden.³

Dass die Zuordnung staatlicher Maßnahmen zu einer dieser beiden Kategorien in der Praxis aufgrund des bunten Potpourris staatlicher Eingriffsmöglichkeiten kaum mittels scharfer Grenzziehung erfolgen kann, ist ursächlich für diese Arbeit. Dass das Bundesverfassungsgericht diese Grenzen zugleich immer schärfer zieht und dabei die Frage nach der Entschädigungspflicht der verfassungsmäßigen Dichotomie zwischen Enteignung und Nutzungsregelung entzieht, ist ihr Anlass. Dass der Fokus weg von der Beantwortung formeller Fragen hin zur materiellen Stärkung des grundgesetzlichen Eigentumsschutzes rückt, wie sich dies auch aus einem historischen, textlichen, systematischen und teleologischen Verständnis von Grundrechten ergeben muss,⁴ ist die erhoffte Wirkung.

Eigentum kann nur eingebettet in einen gesellschaftlichen Konsens existieren, der es keinen unerwarteten Ansprüchen oder Gefahren aussetzt. Nur wo das Eigentum vor entschädigungslosem Entzug sicher ist, kann das (Grund-)

¹ Zitiert nach *von Diez*, Buch des Kabus oder Lehren des persischen Königs Kjekjawus für seinen Sohn Ghilan Schach, S. 559.

² Vgl. *Reynolds*, Before Eminent Domain.

³ Die Frage des staatlichen Abgabewesens, insbesondere der Steuerhoheit, wird gemeinhin davon getrennt gesehen, wenngleich die herrschende Lehre heute davon ausgeht, dass dadurch das Eigentumsrecht beeinträchtigt ist. Siehe S. 73 ff.

⁴ Vgl. *Depenheuer*, in: *Depenheuer/Engel/von Danwitz*, Berichte zur Lage des Eigentums, S. 165; *Schoch*, Jura 1989, S. 113 (113).

Recht auch dem Begriff „Eigentum“ gerecht werden. So wird vorangestellt, dass diese verfassungsmäßig geforderte Entfaltung des Grundrechts der deutschen Eigentumsdogmatik in ihrer heutigen Form (noch) nicht gelingt.

Einleitend soll der Untergrund für diese These aufbereitet werden, indem zunächst die grundlegenden Probleme in der Unterscheidung zwischen Enteignung und Nutzungsregelungen dargestellt werden. Anschließend werden die daraus erwachsenden grundrechtlichen Defizite problematisiert. Um die Relevanz der Fragestellung hervorstreichen, folgt eine Einbettung in die laufende Reformdebatte zum internationalen Investitionsschutz. Daran anschließend werden der bereits im Titel der Arbeit enthaltene Begriff der indirekten Enteignung als Vehikel zur Weiterentwicklung der deutschen Eigentumsdogmatik vorgestellt und dessen methodische Vorzüge hervorgehoben. Abschließend wird ein kurzer Überblick über den weiteren Aufbau der Arbeit gegeben.

I. Das Labyrinth deutscher Enteignungsdogmatik

„Enteignen“ trägt nach Definition des Duden entweder die Bedeutung „jemandem Eigentum durch legalen staatlichen Eingriff für öffentliche, dem Allgemeinwohl dienende Zwecke entziehen“ oder schlicht „von Privateigentum in staatliches Eigentum überführen“.⁵ Der Staat entzieht im Fall einer Enteignung also Privaten ihr Eigentum, im besten Fall auf legalem Wege und zur Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse. Soll dies zulässig sein, so ist zudem nach laienhafter Vorstellung⁶ zumindest eine Entschädigung zu leisten.

Auch eine bloß kursorische Betrachtung der Judikatur und Lehre zum Rechts- und Lenkungsinstrument der Enteignung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 GG ihren Ausdruck findet, zeigt allerdings, dass es sich bei diesem Verständnis um eine grobe Vereinfachung handelt, die weder die Komplexität der dazu entwickelten Dogmatik zu fassen vermag noch überhaupt inhaltlich zutreffend ist.⁷ Nicht zufällig lehrt die Erfahrung im Hörsaal und in der Klausur, dass Art. 14 GG unter Studentinnen und Studenten nicht zu den „meistgeliebten“ Grundrechten gezählt werden kann,⁸ das sich „keiner großen Beliebtheit erfreut“.⁹ „Die Eigentumsfreiheit ist – nicht nur in rechtsdogmatischer Hinsicht – ein schwieriges Grundrecht.“¹⁰ Und doch ist gerade die Enteignung unter allen

⁵ Duden, „enteignen“, <https://www.duden.de/rechtschreibung/enteignen>.

⁶ Vgl. *Lubberger/Steinberg*, Aufopferung – Enteignung und Staatshaftung, S. 95.

⁷ Zum Enteignungsbegriff und der Definition von Nutzungsregelungen siehe Abschnitt B. und C. dieser Arbeit samt darin referenzierter Entscheidungen und Beiträgen aus der Lehre.

⁸ Vgl. *Lege*, ZJS 2012, S. 44 (Frage 1).

⁹ *Henning*, Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff, S. 34.

¹⁰ *Dietlein*, in: Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Band IV/1, S. 2126.

Fragen der Grundrechtsdogmatik heute wohl formell noch am ehesten mit Händen greifbar.

Der Enteignungsbegriff ist im deutschen Verfassungsrecht nämlich gemäß der „neueren Eigentumsrechtsprechung“¹¹ der – „freilich modifizierten“¹² – „klassischen“¹³ oder vielmehr „neoklassischen“,¹⁴ „engen“¹⁵ – „streng formale[n]“¹⁶ – Formalenteignung vorbehalten, deren Vorliegen anhand einer Reihe kategorischer Kriterien abgehakt werden kann.¹⁷ Bleibt ein Kästchen auf dieser Checkliste der Elemente der Formalenteignung frei, so handelt es sich schlicht nicht um eine solche.

Was bleibt, ist nur die Zuordnung als Nutzungsregel, konkret als Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne von Art. 14 Abs. 1 GG, gegebenenfalls noch als sonstiger Eingriff. Dies führt in Konsequenz zu einer Dichotomie, die ein gewaltiges Spektrum staatlichen Handelns, durch das Eigentum entzogen oder vollständig entwertet wird, vom Enteignungsbegriff – und damit von der Entschädigungspflicht des Art. 14 Abs. 3 GG – ausschließt.¹⁸ Entweder handelt es sich um eine Formalenteignung oder es ist überhaupt keine Enteignung: *tertium non datur*¹⁹ – einen Mittelweg gibt es bisher zumindest scheinbar nicht.

Diese Dichotomie hat die rechtliche Einschätzung aber keineswegs vereinfacht,²⁰ handelt es sich bei Art. 14 GG doch weiterhin um „ein dogmatisch umstrittenes Grundrecht“.²¹ Wie ist mit Maßnahmen umzugehen, die zwar keine Formalenteignung darstellen, zugleich die Rechtsstellung als Eigentümer aber derart einschränken, dass eine sinnvolle Nutzung oder Verfügung über die Eigentumsposition nicht mehr möglich erscheint? So etwa im Fall enttäuschter Erwartungshaltungen im Hinblick auf eine bestehende Gesetzeslage, dem Entzug respektive der Verweigerung zunächst in Aussicht gestellter öffentlicher Genehmigungen, sofern dadurch ein Vermögensverlust entsteht, oder erdrückender Steuerlasten. Insbesondere mangels sogenannter Güterbeschaffung²² wären diese Fälle nach deutscher Eigentumsdogmatik *a priori* vom Anwendungsbereich des Art. 14 Abs. 3 GG ausgenommen.

¹¹ Zu diesem Begriff siehe *Lubberger*, Eigentumsdogmatik, S. 21.

¹² *Dürig*, JZ 1954, S. 4 (5).

¹³ Siehe dazu S. 35. Kritisch zum „klassischen Enteignungsbegriff“ *Raue*, Die Zwangsvollstreckung als Nagelprobe für den modernen Enteignungsbegriff, S. 223–225.

¹⁴ *Ossenbühl*, Verfassungsrechtliche Fragen eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie, S. 32. Zur Abgrenzung von „klassischem“ Enteignungsbegriff und jenem des BVerfG siehe auch *Maurer*, in: *Maurer*, Das akzeptierte Grundgesetz.

¹⁵ *Rozek*, Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung, S. 19.

¹⁶ *Michael/Morlok*, Grundrechte⁷, S. 343, Rn. 694.

¹⁷ Siehe S. 46 ff.

¹⁸ Vgl. *Detterbeck*, Allgemeines Verwaltungsrecht¹⁹, S. 454, Rn. 1124.

¹⁹ Vgl. *Berkemann*, in: *Clemens/Umbach*, Grundgesetz, Art. 14, Rn. 57.

²⁰ Vgl. *Cornils/Ossenbühl*, Staatshaftungsrecht⁶, S. 190.

²¹ *Kloepfer*, Verfassungsrecht II, S. 498, Rn. 3.

²² Siehe S. 89 ff.

Bereits in den 1950er Jahren diskutierte Ignaz Seidl-Hohenveldern das Problem der Anerkennung von „Quasi-Konfiskationen“ durch ausländische Staaten. Hierzu zählte er Maßnahmen, die einer entschädigungslosen Enteignung gleichkämen und in Gestalt von Vermögenssteuern, Konkursen, Zwangszeptionen, Devisengesetzen, Zwangskonversionen von Obligationen sowie Auf- und Abwertungen in Erscheinung treten könnten.²³ Aus der Perspektive des deutschen Enteignungsbegriffs handelt es sich dabei in der Regel nicht um eine Konfiskation, also eine rechtswidrige, weil entschädigungslose Enteignung, sondern vielmehr um eine Nutzungsregelung.

Während andernorts²⁴ oder im Unions-²⁵ oder Völkerrecht²⁶ zwischen „*de iure*“, „direkter“, oder „unmittelbarer“ und „*de facto*“, „indirekter“ oder „mittelbarer“ Enteignung unterschieden wird, ist diese bei der faktischen Wirkung des Eingriffs ansetzende Begriffsbildung der herrschenden deutschen Eigentumsdogmatik im Wesentlichen absent.²⁷ Selbst im Fall gesetzlicher Maßnahmen, die im Endeffekt einer Enteignung gleichkommen, wird keine Entschädigungspflicht gesehen: „Während das internationale Investitionsschutzrecht mit der Kategorie der faktischen Enteignung Entschädigungsansprüche auch für regulative Maßnahmen kennt, ist dies dem deutschen Eigentumsschutz fremd.“²⁸

Das ist jedenfalls der Stand heute. Wenngleich nicht unter denselben Schlagwörtern – „*de facto*“, „indirekte“ oder „mittelbare“ Enteignung – so wurde die Enteignung doch bis zu Beginn der 1980er Jahre entlang eines materiellen Begriffs diskutiert.²⁹ Erst mit dem *Nassauskiesung*-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1981³⁰ vollzog sich eine Kehrtwende in der Debatte und

²³ Siehe *Seidl-Hohenveldern*, Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht, Kapitel 7. Für weitere Beispiele aus der Literatur siehe *Reinisch*, in: Tietje, Internationales Wirtschaftsrecht², S. 424, Rn. 77 mwN. Für Beispiele aus der schiedsrechtlichen Judikatur siehe *Reinisch*, in: Tietje, Internationales Wirtschaftsrecht², S. 426–427, Rn. 80.

²⁴ So etwa in Staaten, deren Grundrechtsschutz an der EMRK orientiert ist. Für Österreich siehe *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht¹³, S. 401–410, Rn. 867–882.

²⁵ Siehe S. 136 ff.

²⁶ Siehe insbesondere S. 172 ff, S. 202 ff und S. 240 ff. Zum Überblick siehe etwa *López Escarcena*, Indirect Expropriation in International Law.

²⁷ Axer verwendet den Begriff „*de facto* Enteignungen“ im Zusammenhang der in der Grundrechtsinterpretation zu berücksichtigenden Judikatur des EGMR. Siehe *Axer*, in: *Axer/Depenheuer/Heintzen/Jestaedt*, Nomos und Ethos, S. 143. Cornils und Ossenbühl sprechen von „Quasi-Enteignung“ und „De-facto-Enteignungen“, Ossenbühl an anderer Stelle von „der sog. qualitativen Enteignung“ oder der „de facto Enteignung“. Siehe *Cornils/Ossenbühl*, Staatshaftungsrecht⁶, S. 199–200 und 232; *Ossenbühl*, Verfassungsrechtliche Fragen eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie, S. 44; *Ossenbühl*, in: *Isensee/Lecheler*, Freiheit und Eigentum, S. 699–701. Fischborn sieht im enteignenden und enteignungsleichen Eingriff „[ä]hnliche Rechtsfiguren“ zu „De-facto-Enteignungen“. Siehe *Fischborn*, Enteignung ohne Entschädigung nach der EMRK?, S. 36. Siehe zudem zur von Dederer postulierten Figur der *de-facto*-enteignenden Inhalts- und Schrankenbestimmungen S. 111 ff.

²⁸ *Steinbach*, *RabelsZ* 2016, S. 1 (7–8).

²⁹ Siehe S. 35 ff.

³⁰ BVerfG, Beschluss vom 15. Juli 1981 (*Nassauskiesung*), 1 BvL 77/78.

der daraus erwachsenden Dogmatik.³¹ Dabei hat das Bundesverfassungsgericht einen eigentumsrechtlichen Diskursrahmen abgesteckt, der den Anwendungsbereich des Art. 14 Abs. 3 GG erheblich verengt³² und innerhalb dessen sich eine ausdifferenzierte Judikatur bewegt, die sich aus Wortlaut und System des Art. 14 GG allein nicht mehr erschließen lässt.³³

Doch erlaubt das Mehrebenensystem weiterhin einen Blick in die Vergangenheit des grundgesetzlichen Enteignungsbegriffs. So geht das völker- und unionsrechtliche Verständnis „über den von Art. 14 GG erfassten zwangsweisen Entzug individueller Rechtspositionen hinaus und erfasst Maßnahmen, die vor der Nassauskiesungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts [...] auch in Deutschland als Enteignung angesehen wurden“.³⁴ Und so schwelt in der Debatte mit jeder weiteren Ausdifferenzierung des formellen Enteignungsbegriffs durch das Bundesverfassungsgericht in der Literatur das mulmige Gefühl Marcellus³⁵ weiter an: etwas ist faul in der staatsrechtlichen Dogmatik.³⁶ Und doch schreitet das Bundesverfassungsgericht seinen einmal eingeschlagenen Weg unbeirrt fort, tritt den Boden sogar mit jedem Schritt fester – ganz besonders zuletzt im *Atomausstieg*-Urteil von 2016.³⁷

Die Dichotomie aus Enteignung und Nutzungsregelung entspringt in der Eigentumsdogmatik des Bundesverfassungsgerichts ausschließlich der Abgrenzung zur Formalenteignung als Enteignung im eigentlichen Sinn.³⁸ Ein Großteil der Maßnahmen, die nach Verständnis anderer Rechtsordnungen³⁹

³¹ Siehe S. 39ff.

³² Siehe *Cornils*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 159.

³³ Siehe *Sieckmann*, in: Friauf/Höfling, Berliner Kommentar zum GG⁴⁴, Art. 14, Rn. 10–14.

³⁴ *Steinbach*, *RabelsZ* 2016, S. 1 (7–8).

³⁵ Siehe *Shakespeare*, *Tragedy of Hamlet*.

³⁶ Für Kritik und Zweifel siehe *Axer*, in: Axer/Depenheuer/Heintzen/Jestaedt, *Nomos und Ethos*, S. 141–146; *Axer*, in: Epping/Hillgruber, *BeckOK GG*⁵⁰ Art. 14, Rn. 81; *Berkemann*, *DVB1* 2017, S. 793 (797–801); *Berkemann*, *DVB1* 2021, S. 151 (152); *Börner*, *RdE* 2017, S. 119 (123–128); *Cornils*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 138–139 mwN; *Dederer*, *JA* 2000, S. 819 (820–821); *Depenheuer*, in: Depenheuer/Engel/von Danwitz, *Berichte zur Lage des Eigentums*, S. 136–139; *Di Fabio*, *Der Ausstieg aus der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie*, S. 136–138; *Di Fabio*, in: Fabio/Durner/Wagner, *Kernenergieausstieg 2011*, S. 61; *Hendler*, *DVB1* 1999, S. 1498; *Hufen*, *Staatsrecht II*⁷, S. 708, Rn. 42; *Ingold/Kersten*, *ZG* 2011, S. 350 (354); *Kloepfer*, *DVB1* 2011, S. 1437 (1439); *Krappel*, *DÖV* 2012, S. 640 (644); *Maiwald*, *BayVBl* 1991, S. 101 (104); *Maurer*, *Allgemeines Verwaltungsrecht*¹⁸, § 27, Rn. 48; *Ossenbühl*, *AöR* 1999, S. 1 (17–28); *Raue*, *Die Zwangsvollstreckung als Nagelprobe für den modernen Enteignungsbegriff*, S. 185–272 und 288; *Sass*, Art. 14 GG und das Entschädigungserfordernis; *Schlick*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 117 und 120; *Schmitt-Kammler*, in: Universität zu Köln, *Festschrift der Rechtswissenschaftlichen Fakultät*, S. 831 und 840–843; *Schmidt-Preuß*, *NJW* 2000, S. 1524 (1525 und 1529); *Schwarz*, *DVB1* 2013, S. 133 (137–140); *Sieckmann*, in: Friauf/Höfling, Berliner Kommentar zum GG⁴⁴, Art. 14, Rn. 10–14, 115, 117, 120 und 127–129; *Wendt*, in: *Sachs*, GG⁹, Art. 14, Rn. 80 und Rn. 157–157c. Siehe insbesondere auch S. 42 ff.

³⁷ BVerfG, Urteil vom 6. Dezember 2016 (*Atomausstieg*), 1 BvR 2821/11.

³⁸ Siehe S. 46 ff.

³⁹ Siehe S. 135 ff und 395 ff.

klar als Enteignung zu qualifizieren wären, stellen nach dieser dogmatischen Trennlinie lediglich Inhalts- oder Schrankenbestimmungen dar.⁴⁰

Dabei wird je nach Charakter des Eingriffs weiter unterschieden: So ist die Rede von entschädigungslos hinzunehmenden⁴¹ oder ausgleichspflichtigen⁴² Inhalts- und Schrankenbestimmungen, *de-facto*-enteignenden Inhalts- und Schrankenbestimmungen⁴³ oder sonstigen Eingriffen sowie den teils einfach-gesetzlich ausgestalteten staatshaftungsrechtlichen Kategorien wie den „enteignungsgleichen“⁴⁴ und „enteignenden“⁴⁵ Eingriffen und den damit konkurrierenden Amtshaftungsansprüchen.⁴⁶ Handelt es sich um keine Enteignung im Sinne von Art. 14 Abs. 3 GG, muss also weiter unterschieden werden, ob der Eingriff mit einem finanziellen Ausgleich einherzugehen hat, ob es sich um einen rechtswidrigen Formenmissbrauch⁴⁷ handelt oder ob in weiterer Folge Haftungsansprüche aus rechtswidrigen Eingriffen, schädigenden Nebenfolgen oder der Amtshaftung erwachsen.⁴⁸ Kein Wunder darf es daher sein, wenn von einer „fehlenden begrifflichen Griffigkeit“ im Zusammenhang mit Art. 14 GG die Rede ist.⁴⁹

Kurzum und euphemistisch gesprochen: die Dogmatik ist ausdifferenziert,⁵⁰ sofern diese überhaupt als ausreichend konsolidiert betrachtet werden kann; denn es wird auch attestiert, es gäbe „nicht nur *eine*“.⁵¹ Auch lehnt man sich aber wohl nicht zu weit aus dem Fenster, würde man feststellen: die herrschende deutsche Eigentumsdogmatik ist ein Labyrinth, in dem sich Judikatur und Lehre mit jedem neuen Sachverhalt des dogmatischen Ariadnefadens der Formalkriterien versichern müssen,⁵² bevor sie auch nur einen Schritt vorwärtstappen können.

Die Gunst der Ariadne – im Sinne einer tiefergehenden dogmatischen Auseinandersetzung und Durchdringung – wird allerdings nicht allen Rechtsanwendern und -unterworfenen zuteil sein, sodass in der *ex-ante*-Betrachtung oft unklar scheinen mag, ob es sich um eine Enteignung handelt, ob der staatliche Zugriff damit rechtmäßig erfolgt und ob zumindest mit einem finanziellen Aus-

⁴⁰ Siehe *Perkams*, in: Schill, International Investment Law and Comparative Public Law, S. 135.

⁴¹ Siehe S. 109 ff.

⁴² Siehe S. 113 ff.

⁴³ Siehe S. 111 ff.

⁴⁴ Siehe S. 120 ff.

⁴⁵ Siehe S. 125 ff.

⁴⁶ Siehe S. 129 ff.

⁴⁷ Siehe S. 111 ff.

⁴⁸ Eine sich in ihrer Übersichtlichkeit von der restlichen Literatur weit abhebende Darstellung gelingt Kempen. Siehe *Kempen*, Der Eingriff des Staates in das Eigentum, S. 83–84, Rn. 219–225. Siehe auch den Versuch bei *Sass*, Art. 14 GG und das Entschädigungserfordernis, S. 166–167.

⁴⁹ *Henning*, Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff, S. 34.

⁵⁰ Vgl. *Lubberger/Steinberg*, Aufopferung – Enteignung und Staatshaftung, S. 23.

⁵¹ *Lege*, ZJS 2012, S. 44.

⁵² Siehe S. 89 ff.

gleich gerechnet werden darf.⁵³ Wie schon eingangs betont, kann von einem grundrechtlichen Eigentumsschutz aber nur dann gesprochen werden, wenn die Bestandsgarantie oder zumindest die im Fall des Entzugs zum Vorschein kommende Wertgarantie in Rechtssicherheit und -klarheit – im Sinne des Rechtsstaatlichkeitsprinzips der Art. 20 Abs. 3 und 1 Abs. 3 GG – vermittelt werden.

II. Grundrechtliche Defizite

Was kann es die Eigentümerin oder den Eigentümer angehen, welcher Mittel sich der Staat bedient, um in ihr Eigentum einzugreifen? Grundrechte bedingen ihrem Wesen nach – als *status negativus* – einen staatsfreien Raum, keine größtmögliche Flexibilität der Hoheitsgewalt.⁵⁴ Wie schon Art. 1 Abs. 1 des Chiemseer Entwurfs eines Grundgesetzes für einen Bund deutscher Länder 1948 voranstellte: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“ Auch das Bundesverfassungsgericht hat schon früh klar zu verstehen gegeben, dass der „Vorrang des Menschen und seiner Würde gegenüber der Macht des Staates“ als Ausgangspunkt für das grundgesetzliche Grundrechtsverständnis anzunehmen ist.⁵⁵ Eine „staatszentrierte“ Auslegung der Grundrechte ist damit weder angezeigt, noch zulässig.

Allerdings wird diese Tatsache – und zwar ausschließlich nur im Fall dieses Grundrechts⁵⁶ – beim Eigentumsrecht mit der Rede von der „Normgeprägtheit“ nonchalant unterwandert. Es muss ohnehin erst der Staat – konkret der parlamentarische Gesetzgeber – in seiner Großzügigkeit ausgestalten, was der Begriff „Eigentum“ überhaupt bedeutet:⁵⁷ „Von vornherein rechtsgeprägte Grundrechte, wie [...] Art. 14 GG, unterliegen einer größeren Regelungsmöglichkeit durch den Gesetzgeber als Grundrechte, die eher einen vorstaatlichen Freiheitsbereich umreißen [...]“⁵⁸

Mitunter begegnet man der Ansicht, Art. 14 Abs. 3 GG, solle „den Staat vor Haftung *bewahren*“⁵⁹ oder „Entscheidungskompetenz und Haushalts-hoheit des Parlaments“ wahren und als „Warnung des Gesetzgebers bezüglich der auf ihn zukommenden Kosten“ dienen.⁶⁰ Im *Atomausstieg*-Urteil fegt das Bundesverfassungsgericht schließlich die gewöhnliche Grundrechtssystematik

⁵³ Siehe *Rennert*, VBIBW 1995, S. 41 (44).

⁵⁴ Siehe *Böhmer*, NJW 1988, S. 2561 (2562); *Forsthoff*, VVDStRL 1954, S. 8 (18); *Leisner*, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts. Band VIII³, S. 320–321, Rn. 56–57.

⁵⁵ BVerfG, Urteil vom 15. Januar 1958 (*Lüth*), 1 BvR 400/51, Rn. 25.

⁵⁶ Siehe S. 64 ff.

⁵⁷ Siehe S. 52 ff.

⁵⁸ *Ossenbühl*, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa. Band I, S. 610, Rn. 26.

⁵⁹ *Flessner*, in: Ludwigs/Remien, Investitionsschutz, Schiedsgerichtsbarkeit und Rechtsstaat in der EU, S. 33.

⁶⁰ *Stüer/Thorand*, NJW 2000, S. 3738 (3741).

aus Schutzbereich, Eingriff und Rechtfertigung beiseite und denkt den Schutzbereich vom Interesse der Allgemeinheit am Eingriff her:

„Der Hinweis, dass es für den Eigentümer gleichgültig sei, ob der Entzug seines Eigentums mit oder ohne anschließende Übertragung auf einen Dritten erfolge [...], übersieht, dass das Institut der Enteignung vom Grundgesetz nicht nur aus der Sicht des betroffenen Eigentümers, sondern gerade auch mit Blick auf die Allgemeinheit konzipiert ist, die aus Gemeinwohlgründen auf privates Eigentum zugreift, wofür strenge Voraussetzungen und Grenzen bestimmt sind.“⁶¹

Ausgangspunkt eines solchen Grundrechtsverständnisses ist nicht der Mensch, sondern der Staat in Vertretung der Interessen der Allgemeinheit.

Nach Art. 14 Abs. 3 GG muss nur eine Enteignung – nach gewöhnlichem Sprachgebrauch der Entzug „durch legalen staatlichen Eingriff für öffentliche, dem Allgemeinwohl dienende Zwecke“⁶² – mit einer Entschädigung einhergehen. Werden nun einzelne Formen des Entzugs von der Entschädigungspflicht entkoppelt, führt dies zu einem Schutzdefizit, insbesondere hinsichtlich der Wertgarantie und im Hinblick auf die Ausdifferenzierung der anwendbaren Rechtsfiguren auch hinsichtlich der Rechtssicherheit.⁶³ Dadurch zeichnet sich „das Bild einer mit dem engen Enteignungsbegriff einhergehenden Lockerung grundrechtlicher Bindungen des Gesetzgebers“.⁶⁴ Hinzu kommt, dass die enge Anwendung des Art. 14 Abs. 3 GG rechtssystematisch der dieser gegenübergestellten zunehmenden Offenheit des Art. 14 Abs. 1 GG wenn nicht zuwiderläuft, so zumindest überraschen mag.

1. Wertgarantie

Während der Eingriff in Form der Enteignung aufgrund der sogenannten Junktimklausel des Art. 14 Abs. 3 Satz 2 GG – wonach eine solche „nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes erfolgen“ darf, „das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt“ – stets an eine vornormierte Entschädigungsleistung gekoppelt sein muss,⁶⁵ mangelt es anderen Eigentumsbeeinträchtigungen dem Grunde nach an einer solchen verfassungsmäßig gebotenen Abfederung.⁶⁶ Ob im Fall einer Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne der Verhältnismäßigkeit eigentlich ein finanzieller Ausgleich geboten wäre respektive in welcher Höhe, muss jeweils erst im Rechtsweg geklärt werden.⁶⁷ Die Konstruktion ei-

⁶¹ BVerfG, Urteil vom 6. Dezember 2016 (*Atomausstieg*), 1 BvR 2821/11, Rn. 256.

⁶² Siehe Fn. 5.

⁶³ Vgl. *Cornils*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 143; *Cornils/Ossenbühl*, Staatshaftungsrecht⁶, S. 164 und 232. A. A. *Schlick*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 121.

⁶⁴ *Cornils*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 162.

⁶⁵ Siehe S. 96 ff.

⁶⁶ Siehe *Froese*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 256.

⁶⁷ Siehe *Froese*, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 280.

nes sich aus dem Verhältnismäßigkeitsgebot oder Gleichheitssatz ergebenden „dogmatischen Junktims“ – wie etwa im Rahmen der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung, wo es eben auch um Ausgleich und nicht um finanzielle Entschädigung geht⁶⁸ – ist ein schwacher Ersatz für den expliziten Wortlaut der Verfassung. Während die Auswirkung einer Maßnahme auf das Vermögen bei Anwendung eines materiellen Enteignungsbegriffs für den Eingriffsbetroffenen einen klaren Indikator hinsichtlich der Entschädigungspflichtigkeit bietet, kann dies im Fall der Verhältnismäßigkeitsprüfung oft nur schwer absehbar sein. Schließlich kommt es auf die Auffassung des Gesetzgebers beziehungsweise nachgelagert des Bundesverfassungsgerichts an, ob die Voraussetzungen einer (finanziell) ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung vorliegen.

In Fällen, die nicht die Kriterien der Formalenteignung erfüllen, büßt die an und für sich verfassungsmäßig gebotene Wertgarantie ihre Schlagkraft ein. Es kommt „zu einer mindestens tendenziellen, allenfalls im Einzelfall durch Angleichung des Verhältnismäßigkeitsausgleichs nach Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG vermiedenen Schutzabsenkung, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Entschädigung, also der Eigentums-Wertgarantie des Grundgesetzes“.⁶⁹ Denn das Grundgesetz gäbe über die Junktimklausel eigentlich klar zu verstehen, dass einem Eigentumsentzug immer auch Entschädigung gegenüberstehen muss. Nur unter dieser Bedingung ist eine Ausnahme der ansonsten von Art. 14 Abs. 1 GG gewährleisteten Bestands- und Nutzungsgarantie erlaubt.

In weiterer Konsequenz kommt über die Einschränkung des Enteignungsbegriffs auf den Güterbeschaffungsvorgang⁷⁰ dem Gesetzgeber *prima facie* das Privileg der Rechtsformwahl zu. Wenn es heißt, es handle sich bei Enteignung und Inhalts- und Schrankenbestimmungen „nicht um wesensgleiche, sondern um tatbestandlich unterscheidbare Instrumente staatlichen Handelns zur Erfüllung unterschiedlicher Aufgaben“,⁷¹ wird das Grundrecht nicht mehr vom Schutz des Individuums, sondern von der Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt her gedacht, auch wenn Art. 14 Abs. 3 GG – wie freilich jeder einfache oder qualifizierte Gesetzesvorbehalt – „janusköpfig“ ist.⁷² Durch die Ausgestaltung der Maßnahme wird dem Gesetzgeber – vorbehaltlich des Formenmissbrauchs⁷³ – ein Wahlrecht hinsichtlich der grundrechtlichen Beurteilung ermöglicht, ob also der Anwendungsbereich des Art. 14 Abs. 3 GG oder „nur“ des Art. 14 Abs. 1 GG eröffnet ist.⁷⁴ Und dies mit allen Folgen für die grundgesetzlich gewährleistete Entschädigungspflicht zur Absicherung der Wertgarantie.

⁶⁸ Siehe S. 113 ff.

⁶⁹ Cornils, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 200.

⁷⁰ Siehe S. 89 ff.

⁷¹ Berkemann, in: Clemens/Umbach, Grundgesetz, Art. 14, Rn. 52.

⁷² Berkemann, in: Clemens/Umbach, Grundgesetz, Art. 14, Rn. 524.

⁷³ Siehe S. 111 ff.

⁷⁴ Vgl. Schwabe, Die sogenannte Drittwirkung der Grundrechte, S. 129–130.

Das möglicherweise entgegensetzende Argument, das Grundgesetz übertrage dem parlamentarischen Gesetzgeber durch das Privileg der Rechtsformwahl zugleich auch die Pflicht zu entscheiden, ob eine Maßnahme einer verfassungsrechtlich gebotenen Entschädigung bedarf, bietet lediglich Schönetterschutz.⁷⁵ Dass der Gesetzgebungsprozess nicht stets an rechtsstaatlichen Maximen gemessen werden kann, kommt im pointierten, fälschlich⁷⁶ Otto von Bismarck zugeschriebenen Zitat zum Ausdruck: „Je weniger die Leute wissen, wie Würste und Gesetze gemacht werden, desto besser schlafen sie!“ Oftmals spielen schlicht pragmatische Erwägungen hinein.⁷⁷ Mit der Entscheidungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 93 Abs. 1 GG bedingt das Grundgesetz bereits die Möglichkeit verfassungswidriger – und damit grundrechtswidriger – Gesetze, die sich in der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts auch regelmäßig materialisieren.

Gerade aus Sicht eines Maßnahmenbetroffenen muss diese Sichtweise – bei allem Vertrauen in den parlamentarischen Gesetzgeber – unbefriedigend erscheinen. So kann das Eigentum in der Hand des Eigentümers auch durch Nutzungsregelungen „völlig entwertet“⁷⁸ werden, sodass nur ein *nudum ius* – ein „nacktes“ Recht – zurückbleibt.⁷⁹ Zwar ist der Eigentumsentzug durch Formalenteignung auf den ersten Blick der klarere Einschnitt in die Rechtsposition des Eigentümers (die damit mitunter vollständig aufgelöst wird, wodurch der Bestand verlustig geht),⁸⁰ doch können im Fall anderer Eigentumsbeeinträchtigungen die Auswirkungen faktisch nicht minder schwer wiegen:

„Denn der Bestand des Eigentums kann nicht nur durch ‚Wegnahme‘ geschmälert, sondern durch Beschränkungen und Auferlegung von Lasten vermindert und ausgehöhlt werden. In dem Maß wie derartige Belastungen des Eigentums als durch die Sozialbindung ohne weiteres gerechtfertigte, noch im weiten Ausgestaltungsspielraum des Gesetzgebers liegende Inhalts- und Schrankenbestimmungen angesehen werden, bedeutet der Ausfall eines jeden Wertausgleichs eine Schwächung des Eigentumsschutzes. Dem Eigentümer bleibt zwar die formale Zuordnung des Eigentumsrechts und in diesem Sinn der Bestand des Eigentums; der wirtschaftliche Wert und damit der eigentlich spezifische Schutzzinhalt der Eigentumsgewährleistung gehen ihm aber mehr oder weniger weitgehend verloren.“⁸¹

⁷⁵ Vgl. Cornils, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 143; Leisner, BB 1992, S. 73 (74). Siehe dazu auch hier nochmals S. 52 ff.

⁷⁶ Siehe Shapiro, Quote ... Misquote, The New York Times Magazine (21. Juli 2008), <https://www.nytimes.com/2008/07/21/magazine/27www1-guestsafire-t.html>.

⁷⁷ Vgl. für Österreich Beham/Hofbauer, RdU 2021, S. 245 (245).

⁷⁸ BVerfG, Beschluss vom 16. Februar 2000 (Altlasten), 1 BvR 242/91, Rn. 43.

⁷⁹ Vgl. Cornils, in: Depenheuer/Shirvani, Die Enteignung, S. 203; Papier/Shirvani, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG⁹⁵, Rn. 289 und 642.

⁸⁰ Vgl. Ossenbühl, Verfassungsrechtliche Fragen eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie, S. 15: „Die ‚sichernde und abwehrende Bedeutung der Eigentumsgarantie‘ richtet sich [...] in erster Linie gegen Zugriffe auf den Bestand des Eigentums. Deshalb bedeutet Eigentumsschutz zu allererst Schutz vor Enteignung.“

⁸¹ Cornils/Ossenbühl, Staatshaftungsrecht⁶, S. 164.

Personen- und Sachregister

- Abs-Shawcross Draft 212, 231, 243
Abs, Hermann Josef 212
Achmea 21–24, 152
Adams, John 167
ADC 221–222, 254
Administrativenteignung *siehe Enteignung*
Adoption *siehe Inkorporation*
Adressatenwechsel 338–339, 377, 384, 388, 403
Affaire des biens britanniques au Maroc espagnol 179
Air Transport Association of America 370–371
Åkerberg Fransson 144, 362, 388
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 161–166, 187, 396
allgemeine Rechtsgrundsätze
– Anwendbarkeit 384–386
– *lex posterior* 340, 342
– Normenkollision 340, 342
– Rang 339
– Unionsrechtsquelle 138–139, 373–375
– Vertrauensschutz 139, 141
– Völkerrechtsquelle 185–186
Alston, Philipp 187
Ammit and Vassalo v. Malta 204
Amtshaftung *siehe Staatshaftung*
Angarienrecht *siehe humanitäres Völkerrecht*
Anspruchskonkurrenzen *siehe Entschädigung*
Anwendbarkeit *siehe Inkorporation*
Anzilotti, Dionisio 179
Aristoteles 58
Atomausstieg 19–20, 34, 69, 76, 81–82, 90–95, 119, 137
Aufopferung *siehe Enteignung*
Ausgleich *siehe Entschädigung sowie Verhältnismäßigkeit*
Ausgleichspflicht *siehe Verhältnismäßigkeit*
Auslandsinvestition *siehe Investitionsschutz*
Aygün v. Turkey 204
Azurix 248–249
Baulandumlegung 90
Bereicherung, ungerechtfertigte 187–190
– Geltendmachung 384, 403
Bereicherungsabsicht *siehe Enteignung*
Berufsfreiheit 24, 51, 56, 67, 71–72, 75, 84
Beschlagnahme *siehe auch Eingriff*
– humanitäres Völkerrecht 291–292, 294–295, 299, 302–303
– Völkerstrafrecht 165
BITs *siehe Investitionsschutz*
Bwater Gauff 249
Blackstone, William 319
Böckenförde, Ernst 66
Case Concerning Certain German Interests in Polish Upper Silesia 165–166, 178, 382–383
Charming Betsy 355
Chorzów 180
Christie, George C. 241, 248
Cialis 316
Cicero 58
CME 245
Code of Conduct on Transnational Corporations 177, 232–234
Continental Casualty 220
Costa/E. N. E. L. 343
Crawford, James 241, 260, 283, 285
De Sabla 173
Deutschengrundrechte *siehe Grundrechte*
Di Lenardo Adriano 141
Diogenes 63

- diplomatisches Schutzrecht 26, 167–169, 171, 351
 – Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung 133–134
 – Ausschluss 171, 208, 215–216
 Direktinvestition *siehe Investitionsschutz*
 Diskriminierungsverbot
 – Anwendbarkeit 372, 383
 – Eigentumsschutz 192–193, 377, 396
 – EMRK 197, 200–201, 205, 207–209
 – Enteignung 178–179, 253
 – FET-Standard 259, 266, 276–282
 – GATS 290
 – Gesetzgebung 176, 219–220, 237–238
 – Gleichheitssatz 398–402
 – Investitionsschutz 24, 211, 237–238, 253, 255, 259, 266, 276–282, 383
 – Staatsangehörigkeit 400–402
 – Steuern 247–248
 – Unionsrecht 84, 137, 142
 Dogmatik
 – allgemeine Anforderungen 7–21, 364, 396, 406
 – Defizite im Staatshaftungsrecht 6, 16–17, 42, 107–108, 122, 132, 406
 – Kritik an der deutschen Enteignungsdogmatik 2–21, 27–32, 42–45, 53, 108, 115, 134, 406–407
 – Sonderdogmatik des EuGH zum WTO-Recht 367–370
 – Verhältnis der deutschen Enteignungsdogmatik zum Unionsrecht 390–391, 402
 Dolzer, Rudolf 167
 Douglas, Zachary 285–286
 Dualismus *siehe Inkorporation*

Eastern Greenland 342
 effet utile 348
 EGMR *siehe EMRK sowie Inkorporation*
 Eigentum
 – Achtungspflicht 72–73
 – affektive Komponente 62
 – allgemeiner Rechtsgrundsatz des Unionsrechts 138–142
 – allgemeiner Rechtsgrundsatz des Völkerrechts 138, 184–185, 187
 – Anspruchsrecht 72
 – Arbeit, Aneignung durch 59–60, 63, 67
 – autonome Interpretation 64
 – Begriff 53, 73–74, 109
 – Besitz 71
 – Bestandsschutz 69–70
 – Definitionsauftrag 53
 – Diskriminierungsverbot 24, 84, 137, 142, 176, 178–179, 192–193, 200–201, 207, 211, 219–220, 237–238, 247–248, 253, 259, 266, 276–282, 290, 372, 377, 383, 396, 398–402
 – dulde und liquidiere *siehe Enteignung sowie Investitionsschutz*
 – EMRK 82–83, 193–209, 396
 – Entfaltung 72
 – Erwerbs, Schutz des 71
 – Freiheit 62–63
 – Grundfreiheiten der Union 142–143
 – Grundrechtecharta 140–141, 143–153
 – Halbeilungsgrundsatz 79–80
 – historische Entwicklung 64–65
 – *in dubio pro proprietate* 94, 394, 396
 – Innehabung 71
 – Jedermann-Grundrecht 80–81
 – juristische Personen 81–84
 – Konfiskation 201–202, 228, 243
 – Konkurrenzen 71–72, 78, 84
 – legitime Erwartungen 20, 50, 141, 187, 198
 – liberales Verständnis 65, 67, 94, 394, 396
 – Menschenrecht 58–62, 161–166, 191–193, 307, 377–378, 384
 – Naturrecht 58–64
 – Normgeprägtheit 7, 53–57, 137, 146
 – *nudum ius* 10, 41, 45, 78
 – Nutzung 71
 – öffentlich-rechtliche Rechtspositionen 74–76
 – Privatnützigkeit 38, 67
 – Rechtspositionen, geschützte 74–80
 – Rechtsschutz 12, 22–23, 72
 – Rechtsstaat 68
 – Rechtsträgergarantie 71
 – Schutzpflicht 72
 – Schutzzweck der Norm 101
 – Sozialgebundenheit 65–67
 – Trennungstheorie 43
 – Ungleichheit 66
 – Unionsrecht 135–137
 – Untermaßverbot 63–64
 – Verfügungsrecht 71
 – Vermögen 77–78
 – Vertrauensschutz 68–69, 141–142
 – Völkergewohnheitsrecht 154, 162–164
 – Völkerrecht 135–136, 145, 195–199

- Wertgarantie 11–12, 106
- wohlverworbene Rechte 145–146, 172, 187, 196
- Zivilrecht 73
- Eingriff *siehe auch Enteignung sowie Inhalts- und Schrankenbestimmung*
- Abgaben 77–80
- Beschlagnahme 91–92, 228
- Dauer 127, 152–153, 203, 229, 238, 247–248, 250–251
- Einziehung 91–92, 95–96, 184, 239–240
- EMRK 199–209
- enteignender 108, 125–129
- enteignungsgleicher 108, 120–125
- Inflation 70
- Keulung 152, 239–240
- Kollateralschaden 292, 305–306
- Konfiskation 201–202, 228, 243
- Nebenfolgen 124–129
- Rechtswidrigkeit 120–125
- Sanktionen 152–153
- Schuldhaftigkeit 129
- Sicherstellung 91–92
- Steuern 80
- Störerdoktrin 95
- Unterlassung 107
- Vergemeinschaftung 34, 67
- Verhältnismäßigkeit 11, 47, 102–103, 105–106, 220
- Verstaatlichung 228
- Zufallsschäden 125
- einseitige Rechtsgeschäfte, völkerrechtliche 190–191, 377
- Inkorporation 342
- Einzelaktstheorie *siehe Enteignung*
- Einziehung *siehe Eingriff*
- El Paso* 285
- Emanuel Too v. Greater Modesto Insurance Associates and the United States* 176
- EMRK
- Anwendbarkeit 378
- Diskriminierungsverbot 197, 200–201, 205, 207–209
- Eigentumsbegriff 82–83, 195–198, 396
- Enteignung 202–209
- Entschädigung 206
- Grundrechtecharta, Verhältnis zur 139, 143–144, 147, 151
- Hull-Formel 207
- internationaler Minimumstandard 206–208
- Nutzungsregelungen 201–202
- öffentliches Interesse 205
- Rang 378, 397–398
- Rechtsschutzgarantie 198
- Verhältnismäßigkeit 200–202
- Enteignung
- Administrativenteignung 49–50
- Angemessenheit 102–103
- Aufopferung 17, 105, 107, 116, 120–122, 126
- Begriff 2–3, 33, 39, 103, 108, 391–398
- Bereicherungsabsicht 94, 246
- Dogmatik 2–7, 11–18, 27–32, 42–45, 53, 108, 115, 132, 134, 364, 396, 402, 406–407
- dulde und liquidiere 38
- Einzelaktstheorie 35
- EMRK 203–209
- Erforderlichkeit 89
- Finalität 85
- Formalenteignung 33, 42, 46
- Formenmissbrauch 34, 111–113
- Gemeinwohlzweck 87–88
- historische Entwicklung 35–42, 90–91, 394–395
- humanitäres Völkerrecht 301–304
- Gesetzmäßigkeit 96
- Güterbeschaffung 9, 85, 119–120
- indirekte 4, 140, 151, 172–176, 229–238, 240–256
- Individualität 85
- Investitionsschutz 227–257
- Junktimklausel 8–9
- Legislativenteignung 47–49
- Legislativenteignung, unechte 105
- Legitimität 88
- öffentliches Interesse 178–179
- police powers 243–244
- Privater, zugunsten 88
- Rechtmäßigkeit 101–102
- Rückenteignung 88–89
- schleichende 103, 175
- Schutzwürdigkeitstheorie 38
- Schwellentheorien 36–38, 44, 109, 243–244, 405–406
- Schweretheorie 36–37
- Staatshaftungsrecht 108
- sole effects 244–249
- Sonderopfer 37, 244
- Substanzminderungstheorie 38

- Titelübertragung 86–87
- Unionsrecht 149–153
- Verhältnismäßigkeit 17, 47, 102–103, 311
- Vorwirkungen 85
- Weimarer Reichsverfassung 90–91
- Zufallsenteignung 86, 89–96
- Zumutbarkeitstheorie 38
- Zweckentfremdungslehre 38
- Entschädigung 134, 179–184
 - Ausgleich 6, 8–9, 11, 66, 106, 113–120
 - Ausgleichspflicht *siehe Verhältnismäßigkeit*
 - Anspruchskonkurrenzen 6, 125, 128, 130
 - EMRK 206–207
 - Höhe 97–98
 - Hull-Formel 149, 181, 207, 227–228, 230–231, 235, 254
 - Junktimklausel 8–9, 92–93, 96–100, 106
 - Restitution 98, 108, 122, 130–131, 180–181, 188, 254
 - Restitutionsgleichheit 192
 - salvatorische Entschädigungsklauseln 40, 96–97, 117
 - Schadenersatz, Abgrenzung zum 98, 181
 - Unionsrecht 388–391
 - Verkehrswert 97, 208–209
 - Völkerrecht 376–388
 - Warnfunktion der Junktimklausel 98–100
- Europarecht
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 373–375
 - Anwendbarkeit 344–351
 - Anwendungsvorrang 314, 352–354, 357
 - Enteignung 149–153
 - Geltung 343–344
 - juristische Personen, ausländische öffentlich-rechtliche 145
 - mittelbare Anwendbarkeit 346–351
 - Normenkollision 348, 352
 - Nutzungsregelungen 148–149
 - Rang 352–354
 - richtlinienkonforme Interpretation 346–351
 - Völkergewohnheitsrecht 373–375
 - völkerrechtliche Verträge 365–373
- Europarechtsfreundlichkeit 351, 361, 388–389, 397
- Fediol* 369
- Feldman* 219
- FET
 - Begriff 259–266
 - Diskriminierungsverbot 276–280
 - Grundgesetz 19
 - internationaler Minimumstandard 266–272, 279–280
 - Rechtsstaatlichkeit 258
 - Schlechtgläubigkeit 273–274
 - Verhältnismäßigkeit 266, 280–282
 - Vertrauensschutz 279, 282–286
 - Vorsatz 273–274
 - Willkürverbot 276–280
- Fireman's Fund* 239, 244, 246, 251
- First National City Bank v. Banco Nacional de Cuba* 407
- Folgenbeseitigungsanspruch *siehe Staatshaftungsrecht*
- Formalenteignung *siehe Enteignung*
- Formenmissbrauch *siehe Enteignung sowie Inhalts- und Schrankenbestimmungen*
- Foster and Elam v. Neilson* 323–324
- Französische Menschenrechtserklärung 61
- Freiheit, Verhältnis zum Eigentum 62–63
- fremde Hoheitsakte 132–134
- Fremdenrecht 166–184
- Fuchs* 265
- Fuller, Lon 13
- Gaier, Reinhard 66
- GATT *siehe WTO-Recht*
- Geldwert 70–71
- Geltung *siehe Inkorporation*
- Genin* 270–271
- gerichtlicher Dialog *siehe Rechtsvergleichung*
- Gewerbebetrieb, eingerichteter und ausgeübter 76–77
- Glamis Gold* 170, 267–268
- Gleichbehandlung *siehe Diskriminierungsverbot*
- Gleichheitssatz *siehe Diskriminierungsverbot*
- Goetz* 253
- Grotius, Hugo 59–60
- Grundfreiheiten 389
 - Niederlassungsfreiheit 82
- Grundrechte

- Deutschengrundrechte 24, 399–400
- Dualismus 309, 362
- EMRK 358–359
- europäische Tradition 356, 390, 397
- Prüfungsmaßstab 388–391
- staatszentrierte Auslegung 7–9, 39, 53, 91–92, 98–101, 393–394
- *status negativus* 7
- Grundrechtecharta 361–362
- EMRK, Verhältnis zur 139, 143–144, 147, 151
- Verhältnismäßigkeit 148–149
- Gudmundur Gudmundsson v. Iceland* 206–208
- Gulf of Maine* 159
- Günther Kessl v. Ministry of Lands and Resettlement et al.* 382–383

- Häberle, Peter 329
- Haegeman* 366, 371–372
- Handelshemmnisse 289–290
- Handlungsfreiheit 77–78
- Harte, Bret 25
- Harvard Draft 212, 229, 231–232
- Hauer* 139–140, 143–144
- Havana Club* 289
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 14, 60
- Henkin, Louis 164
- Herz, John 154, 243
- Higgins, Rosalyn 172–173
- Hitler-Geburtshaus 49
- Hobbes, Thomas 59
- Holmes, Oliver Wendall 221, 398
- Hoogovens* 138–139
- Huber, Max 179
- Hull-Formel *siehe Entschädigung*
- humanitäres Völkerrecht
 - Angarienrecht 296
 - Anwendbarkeit 386–388
 - Beschlagnahme 295
 - Enteignung 301–304
 - Entschädigung 295
 - feindliches Eigentum 294
 - Konfiskation 294–295
 - Kriegsbeute 298
 - Kulturgüterschutz 301–304
 - *lex specialis* 290–291
 - Notwendigkeit 304–305
 - Plünderung 300–301
 - Rechtsfolge 305–306
 - Requisition 298–300
 - Restitution 295–296
- Schadenersatz 305, 387
- unbewegliches Eigentum 298
- Unterscheidung 293
- Verhältnismäßigkeit 295, 299, 304–306
- Wegnahme von Eigentum 293–298
- Zerstörung von Eigentum 293–298

- ICSID *siehe Investitionsschutz*
- IGH-Rechtsprechung 341, 357–358
- in dubio pro proprietate* *siehe Eigentum*
- indirekte Enteignung *siehe Enteignung*
- Inflation *siehe Eingriff*
- Inhalts- und Schrankenbestimmung
 - Ausgleich *siehe Entschädigung sowie Verhältnismäßigkeit*
 - Ausgleichspflicht *siehe Verhältnismäßigkeit*
 - de-facto-enteignende 34, 111–113
 - Eingriff 107
 - EMRK 201–202
 - Enteignung „light“ 119–120
 - Enteignung ohne Güterbeschaffung 119–120
 - Entschädigung 111
 - Formenmissbrauch 34, 111–113
 - Gesetzesvorbehalt 109
 - Gleichheitssatz 118–119
 - Neuregelung 105–106
 - Rechtmäßigkeit 111
 - salvatorische Entschädigungsklauseln 117
 - Umschlagen in Enteignung 41
 - Unionsrecht 148–149
 - Unterscheidung, 110–111
 - Verhältnismäßigkeit 11, 105–106
 - Vertrauensschutz 119
 - Wertgarantie 106
- Inkorporation
 - Adoption 319–321, 336–337
 - allgemeine Regeln des Völkerrechts 333–340
 - Anwendbarkeit 322–324, 337–339, 341, 344–351, 366–373
 - Ausschluss der Anwendbarkeit 372–373, 382
 - doppelte 365–366, 376, 387
 - Dualismus 309, 312–316, 362
 - EGMR 358–359, 396
 - einseitige Rechtsgeschäfte, völkerrechtliche 342
 - Geltung 318–322, 340–341, 343–344, 366

- Investitionsschutz 379–384
- Kontrollvorbehalt 352–353
- Monismus 312–316
- Rang 324–325, 339, 341–342, 352–354, 373, 375
- self-executing 317, 323–324, 341
- Transformation 321–322
- Unionsrecht 342–354
- völkerrechtliche Verträge 340–342
- International Fruit Company* 368
- International Technical Products* 175
- internationaler Minimumstandard 166–184, 240, 384–385, 398–402
- EMRK 206–208
- FET 266–272, 279–280
- Investitionsschutz 256
- *Neer* 170–171, 267, 269–273, 279
- Intertanko* 370–371
- Interventionsverbot 159–161
- Investitionsschutz *siehe auch Enteignung sowie FET*
- Anwendbarkeit 382–384
- BITs 212
- Dauer von Maßnahmen 247–248, 250–251
- Deutschland 379–384
- Diskriminierungsverbot 24, 211, 237–238, 253, 255, 259, 266, 276–282, 383
- Dreiecksverhältnis 216
- dulde und liquidiere 211–215
- Enteignung 227–257
- Entschädigung 254–255
- faire und gerechte Behandlung 257–287
- historische Entwicklung 212
- ICSID 216
- indirekte Enteignung 229–238, 240–256
- Inkorporation 379–384
- internationaler Minimumstandard 256
- Investitionsbegriff 223–225
- Investor-Staat-Verträge 210
- Investorenbegriff 225–227
- ISDS 18, 215–216
- legitime Erwartungen 20, 187, 222, 250, 257, 266, 275, 283, 286
- Menschenrechte 210–211
- Model BITs 214, 381
- Multilateralisierung 213, 215
- öffentliches Interesse 253–254
- police powers 243–244
- Rechtfertigung 210
- Rechtsquellen 212–213
- rechtsstaatliches Verfahren 255–256
- Reform 21, 25
- regulatory chill 216–217
- right to regulate 217–223, 243, 259–260
- Schadenersatz 211, 216, 222, 254
- schleichende Enteignung 251–252
- Sonderopfer 255
- Verhältnismäßigkeit 217, 220
- Vertragsbeendigung 22
- Vertrauensschutz 250
- Völkergewohnheitsrecht 212–213
- voller Schutz und Sicherheit 287–288
- ISDS *siehe Investitionsschutz*
- ius cogens* 163, 165, 325, 384–385
- James et al. v. United Kingdom* 207
- Jellinek, Walter 38
- Junktimklausel *siehe Entschädigung*
- Warnfunktion 98–100
- juristische Personen 81–84, 147, 198
- ausländische 24, 81–84, 124, 128, 198–199
- humanitäres Völkerrecht 296
- Investitionsschutz 225–227
- Menschenrechte 83
- öffentlich-rechtliche 81–84, 145
- *Kardassopoulos* 265
- Kennedy, Anthony 326
- Keulung *siehe Eingriff*
- Kodak/Fuji* 289
- Kollateralschaden *siehe Eingriff*
- Kommission/Ungarn* 142–143, 149–150
- Konfiskation *siehe Eingriff*
- Kontrollvorbehalt *siehe Inkorporation*
- Kreil* 353
- Kriegsbeute *siehe humanitäres Völkerrecht*
- Kulturgüterschutz *siehe humanitäres Völkerrecht*
- Kupferberg* 366–367, 369–370, 371–372
- Kutscher, Hans 38
- Lacordaire, Henri-Dominique 60–61
- Lauder* 250
- Lauterpacht, Hersch 306
- Legislativenteignung *siehe Enteignung*
- Lemire II* 217
- Lena Goldfields* 188–189
- Lesoochranárske zoskupenie* 370–371

- LG&E v. Argentina* 248, 251
Liamco 178
Lissabon 332, 344–345, 352
 Locke, John 58–59, 63, 67
 – Proviso 59, 61
Loewen 288

Mainstream 381
 Mann, F. A. 268
Marleasing 347
 Marx, Karl 63
 Masing, Johannes 66
Mavrommatis 168
 Mediatisierung 168–169
 – Remedialisierung 371–372
 Mehrebenensystem 311, 315–317
 Menschenrechte 56, 377, 396
 – Eigentum 58–62, 161–166, 191–193, 307
 – europäische Tradition 356, 390, 397
 – Grundgesetz 331, 355, 358–359
 – Haager Landkriegsordnung 294
 – Investitionsschutz 210–211
 – juristische Personen 83
 – Reziprozität 157–159
 – Verträge 191–209, 377
 – Völkergewohnheitsrecht 157–166, 384–386
 Meron, Theodor 293
Metalclad 239, 245–247, 256, 282
Methanex 219–220
 Methodenlehre, juristische 184, 265, 348, 364
 Model BITs *siehe Investitionsschutz*
 Monismus *siehe Inkorporation*
MTD 285

Nakajima 369
Nassaukiesung 4–5, 39–42, 92, 126, 243, 403–404
 – Kritik 5, 43–45
 Nebenfolgen *siehe Eingriff*
Neer 170–171, 267, 269–273, 279
Newsun Resources Ltd. v. Araya 385–386
Nicaragua 159–160
 Niederlassungsfreiheit *siehe Grundfreiheiten*
 NIWO 182–183
Nordzucker 280
 Normenklarheit 15
 Normenkollision
 – allgemeine Rechtsgrundsätze 340, 342
 – humanitäres Völkerrecht 290–291
 – Unionsrecht 348, 352
 – Völkergewohnheitsrecht 340
 Normgeprägtheit *siehe auch Eigentum*
 – andere Grundrechte 56
 – Unionsrecht 137
Norwegian Shipowners' Claims 179–180
Nuclear Tests 190, 342

 OECD Draft 212–213, 229, 232–233
 offene Staatlichkeit 28, 309–310
 öffentliches Interesse *siehe Enteignung*
Offshore-Windpark 20, 132
 Ökosteuer 68
Olguín 246, 249
Opel 141
Oscar Chinn 179

Papamichalopoulos and others v. Greece 204
Paushok 220–221
Pennsylvania Coal Co. v. Mahon 216–217, 221, 398
Pflichtexemplar 113–114
 Plünderung *siehe humanitäres Völkerrecht*
 police-powers *siehe Investitionsschutz*
Pope & Talbot 244, 247, 268
Portugal/Rat 369
Printz v. U. S. 326
PSEG 280
PSPP 332–333, 345, 352

 Rang *siehe Inkorporation*
Recht auf Vergessen 388–391
 Rechtssicherheit 8, 12–18, 68, 361, 397
 – allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts 139
 Rechtsstaatlichkeit 7, 10, 13–14, 16–18, 19, 65, 68, 76, 130–131, 205, 331, 358
 – Europäische Union 24
 – Investitionsschutzrecht 27, 222, 258, 263, 272, 274, 401
 – Verfahren 99, 176–177, 253, 255–256, 279
 Rechtsvergleichung 28–30, 325–330, 362–364, 397–398
 – fünfte Auslegungsmethode 329
 – gerichtlicher Dialog 345, 359, 362–364
Regione autonoma Friuli-Venezia Giulia 150
 Reinhardt, Rudolf 38

- Remediatisierung *siehe* *Mediatisierung*
 Requisition *siehe* *humanitäres Völkerrecht*
 Restitution *siehe* *Entschädigung* sowie *humanitäres Völkerrecht*
Revere Copper 171, 248
Reverend Dr. Jonas King 173
RFCC 245
 richtlinienkonforme Interpretation *siehe* *Europarecht*
 right to regulate *siehe* *Investitionsschutz*
 Root, Elihu 25
Roper v. Simmons 326–327
 Rousseau, Jean-Jacques 59
 Rückenteignung *siehe* *Enteignung*
- Saar Papier* 250, 255
Saluka 264, 270–271, 274, 280–281
 salvatorische Entschädigungsklauseln *siehe* *Entschädigung*
Sancheti 381
 Sanktionen *siehe* *Eingriff*
Santa Elena 221
Savage 172
 Scalia, Antonin 326–327
 Schadenersatz *siehe auch* *Investitionsschutzrecht* sowie *Staatshaftungsrecht*
 – allgemeiner Rechtsgrundsatz 180–181, 189, 254, 384
 – humanitäres Völkerrecht 305, 387
 – Unionsrecht 142–143
 Schelcher, Walter 38
 Schiedsverfahren 18, 21–26, 82
 – Deutschland 379–381
 – Interpretation *in pari materia* 214
 – ISDS 215–216
 Schmid, Carlo 331
 Schmitt, Carl 39
 Schreuer, Christoph 167
 Schrödinger, Erwin 156–157
 Schutzwürdigkeitstheorie *siehe* *Enteignung*
 Schwarzenberger, Georg 183, 243
 Schwellentheorien *siehe* *Enteignung*
 Schweretheorie *siehe* *Enteignung*
SD Myers 218, 251, 273–274
Sea-Land Service Inc. v. Iran 174, 188–189
Seedeicherhöhung 128
SEGRO und Horváth 142
 Seidl-Hohenveldern, Ignaz 4, 197, 241, 247
- self-executing *siehe* *Inkorporation*
Sempra 257
 Shawcross, Hartley 212
 Sicherstellung *siehe* *Eingriff*
Siemens 252, 254
 Simma, Bruno 187
 Sekundäranspruch, grundrechtlich radizierter 131–132
 Smith, Carsten 327
 soft law 357
 sole effects *siehe* *Enteignung*
 Sonderopfer *siehe* *Enteignung* sowie *Investitionsschutz*
 Sporrong und Lönnroth gegen Schweden 151–152, 250
 Staatshaftungsrecht 16–17
 – Amtshaftungsanspruch 129–130
 – Anspruchskonkurrenzen 125, 128, 130
 – dogmatische Defizite 6, 16–17, 42, 107–108, 122, 132, 134, 406
 – Enteignungsbegriff 108
 – Folgenbeseitigungsanspruch 130–131
 – Gesetzgebung 130
 – Schadenersatz 108, 124–125, 129–131
 – Sekundäranspruch, grundrechtlich radizierter 131–132
 – Subsidiarität 108, 125, 130
 Staatszentriertheit *siehe* *Grundrechte*
Starrett Housing v. Iran 174
 Steuern *siehe* *Eingriff*
 Stödter, Rolf 38
 Störerdoktrin *siehe* *Eingriff*
Strabag 381
 Substanzminderungstheorie *siehe* *Enteignung*
 Superfiskalismus 80
- Tadić* 291
TAMS-Fall 174–175, 178
Tatneft 272
Tecmed 250, 283–286
Texaco 182
 Thomas, Kendall 326
Tierarzneimittel 390
Tokios Tokelés 245, 278
 Transformation *siehe* *Inkorporation*
 Trennungstheorie *siehe* *Enteignung*
 TRIPS *siehe* *WTO-Recht*
- Überschwemmungsschaden* 127
Ultra-vires-Handeln 332–333

- unbestimmte Rechtsbegriffe 242, 265
- Unionsgrundrechte *siehe Grundrechtecharta*
- Unionsrecht *siehe Europarecht*
- Unionsrechtsfreundlichkeit *siehe Europarechtsfreundlichkeit*
- Universal Declaration of Human Rights *siehe Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*
- Van Gend en Loos* 317–318, 324, 343, 345–346, 367
- Vasilescu v. Romania* 204
- Vattel, Emer de 167, 169
- Vattenfall I* 381
- Vattenfall II* 381
- Verfassung für Rheinland-Pfalz 61
- Verfassungsinterpretation 391
 - EMRK 358–359, 396
- Vergemeinschaftung *siehe Eingriff*
- Verhältnismäßigkeit
 - allgemeiner Rechtsgrundsatz des Unionsrechts 139
 - Ausgleich 8–9, 11–12, 105–106, 114–116
 - Ausgleichspflicht 113–120
 - EMRK 205, 208
 - Enteignung 17, 47, 102–103, 311
 - Entschädigungspflicht 208
 - FET 266, 280–282
 - Grundrechtecharta 148–149
 - Härtefall 114–115
 - humanitäres Völkerrecht 295, 299, 304–306
 - Inhalts- und Schrankenbestimmungen 11, 19, 80, 105–106, 111
 - Investitionsschutz 217, 220
 - Staatshaftungsrecht 108
- Verkehrswert *siehe Entschädigung*
- Verstaatlichung *siehe Eingriff*
- Vertrauensschutz 19–20, 106
 - allgemeiner Rechtsgrundsatz 139, 141
 - legitime Erwartungen 219–220
 - Völkergewohnheitsrecht 141
- Virginia Declaration of Rights 61
- Völkergewohnheitsrecht 154–157, 384–386
 - Adoption 336–337
 - Adressatenwechsel 338–339, 377, 384, 388, 403
 - Anwendbarkeit 337–339
 - Normenkollision 340
 - Rang 339, 375
 - Völkerrechtsquelle 154–157
- völkerrechtliche Verträge
 - Anwendbarkeit 341
 - Geltung 340–341
 - Rang 341–342
- Völkerrechtsfreundlichkeit 18–19, 29, 354–361, 375, 396–397
- Völkerrechtsquellen
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 185–186
 - Völkergewohnheitsrecht 154–157
- Völkerstrafrecht 165, 290–291
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 165
- voller Schutz und Sicherheit *siehe Investitionsschutzrecht*
- Von Mangoldt, Hermann 90–91
- Von-Colson* 347
- Wachauf* 140
- Walter Fletcher Smith Claim* 178
- Waste Management II* 279
- Wena Hotels v. Egypt* 251
- Willkürverbot *siehe Diskriminierungsverbot*
- Windstream* 265
- wohlerworbene Rechte *siehe Eigentum*
- Wolff, Christian 167
- WTO-Recht 367–370
 - Anwendbarkeit 367–370
 - Diskriminierungsverbot 402
 - GATS 290
 - GATT 369
 - Sonderdogmatik des EuGH zum WTO-Recht 367–370
 - TRIPS 290, 372
- Z 370–371
- Zufallsschäden *siehe Eingriff*
- Zumutbarkeitstheorie *siehe Enteignung*